

Nr. 1 / Januar 2019

Humanitäre Hilfe braucht starke NRO – Stellungnahme zum Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland

Am 7. November 2018 hat das Bundeskabinett den Bericht über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2014–2017 beschlossen. Der Bericht stellt den kontinuierlich gewachsenen humanitären Bedarf weltweit und das starke Wachstum des finanziellen Beitrags der Bundesrepublik zur Finanzierung der humanitären Hilfe dar. Er hebt die Rolle Deutschlands als zweitgrößter bilateraler humanitärer Geber bei der Gestaltung der internationalen humanitären Hilfe positiv hervor.

VENRO begrüßt das durchgehend angestiegene finanzielle Engagement der Bundesregierung im Berichtszeitraum und ihr gewachsenes internationales Gewicht bei der Förderung einer prinzipienorientierten Hilfe. Auch der partnerschaftliche Dialog der humanitären Akteure in Deutschland im Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe wurde in den letzten Jahren ausgebaut und ist ein Ausweis für Qualität und Lernbereitschaft. Allerdings wird das fachliche Potential für die Erstellung thematischer oder regionaler Strategien noch nicht ausreichend genutzt. Der Austausch humanitärer Akteure mit den Ausschüssen im deutschen Bundestag und die fachöffentliche Diskussion zu humanitären Themen sind vor dem Hintergrund des gewachsenen Gewichts Deutschlands ausbaufähig. Kritisch sieht VENRO die Verteilung der öffentlichen Mittel für humanitäre Hilfe. Der Bericht zeigt, dass zwischen 2014 und 2017 fast 40 Prozent der Mittel im Kontext der »Syrienkrise« ausgegeben wurden. Trotz des riesigen Bedarfs in der Region besteht die Gefahr, dass Menschen, die von anderen humanitären Krisen betroffen sind, vernachlässigt und unterschiedliche Standards etabliert werden. Dies gilt zum Beispiel

für die zentralafrikanische Republik, die Demokratische Republik Kongo oder die Flüchtlingssituationen in Bangladesch oder Uganda. Ein solch starkes Ungleichgewicht ist mit einer unparteilichen humanitären Hilfe, die nach Größe des Bedarfs zu leisten ist, nicht vereinbar. Politische Schwerpunktsetzungen sollten nur dann erfolgen, wenn durch eine intensive Koordinierung mit anderen Gebern ein Ausgleich geschaffen werden kann.

Entscheidend ist, dass die Hilfe bei den Menschen ankommt. Dafür braucht es starke und effektive Akteure und möglichst viel Verantwortung vor Ort. Leider müssen wir jedoch feststellen, dass sich der Aufwuchs der bundesdeutschen Mittel für humanitäre Hilfe in den letzten Jahren vor allem auf die Vereinten Nationen konzentriert hat. Der Bericht stellt dar, dass der prozentuale Anteil für Nichtregierungsorganisationen 2014 noch bei 20 Prozent lag und bis 2017 um die Hälfte auf 10 Prozent gesunken ist. Dies liegt zum Teil an unzureichenden Bearbeitungskapazitäten für Projektanträge von Nichtregierungsorganisationen (NRO) im Auswärtigen Amt.

Lokale und internationale NRO sind wichtige Pfeiler der humanitären Hilfe. Sie verfügen über lokale Expertise, über langfristige Partnerbeziehungen und sind nah an den Menschen. Sie besitzen die notwendigen Kenntnisse, um z.B. besonders vulnerable Gruppen wie Frauen, Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen zu erreichen.

VENRO und seine Mitgliedsorganisationen haben sich im Berichtszeitraum intensiv an der Diskussion zu Themen der humanitären Hilfe beteiligt. Sie be-

mühen sich kontinuierlich, Effektivität und Qualität zu verbessern und sich stärker in die internationale Diskussion einzubringen. Es ist gut, dass der Bericht diese Beiträge, wie zum Beispiel die verstärkte Nutzung von Bargeldtransfers, die Stärkung der Rolle von lokalen Akteuren oder Innovationen im Bereich der Katastrophenvorsorge, erwähnt.

Hohe Qualitätsstandards und inhaltliches Engagement haben ihren Preis. Ende 2017 wurde vom Auswärtigen Amt erstmals eine Verwaltungsausgabenpauschale in Höhe von sieben Prozent pro Pro-

jekt für humanitäre Hilfsorganisationen eingeführt. Diese wird teilweise an lokale Partnerorganisationen weitergeleitet. Die Einführung der Pauschale begrüßen wir. Sie ist aber immer noch deutlich zu niedrig, um gerade in chronischen Krisen langfristige humanitäre Hilfe über einzelne Projekte hinaus sowie unabhängig von Spendeneinnahmen zu medial vermittelten Katastrophen zu leisten. In Ländern wie den USA oder Großbritannien werden für schwierige Kontexte bis zu 27 Prozent bzw. 15 Prozent für Verwaltungsausgaben gewährt.

Aufgrund dieser Bewertung richten wir folgende Empfehlungen an die Bundesregierung und Abgeordneten im Deutschen Bundestag:

- Bundesregierung und Abgeordnete sollten sich für die Stärkung der bedarfsorientierten Geberkoordination unabhängig von einzelnen Geberkonferenzen sowie eine bessere gemeinsame Analyse und Planung einsetzen. Beim Ausbau zentraler Fonds muss der Zugang kleinerer und unabhängiger Akteure sichergestellt sein, um die Vielfalt und dadurch auch die notwendige Flexibilität des humanitären Systems zu erhalten.
- Der Anteil der direkten Förderung von Nichtregierungsorganisationen sollte mindestens 25 Prozent der Gesamtmittel betragen. Die Verwaltungsausgabenpauschale muss auf einen Betrag angehoben werden, der es ermöglicht, Qualität zu sichern und langfristig lokale Partner zu unterstützen und in die Verantwortung nehmen zu können.
- Eine verlässliche Ausstattung mit entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre im Rahmen des Haushaltsverfahrens fördert eine planbare, vorrausschauende und prinzipienorientierte humanitäre Hilfe. Dies ist entscheidender als die kurzfristige Bewilligung außerplanmäßiger Mittel durch den Bundestag.
- Die Bearbeitungskapazitäten für die Projektanträge von NRO müssen dringend erweitert werden. Neue Wege für eine einheitliche und schnelle Bearbeitung sowie die Förderung von Programmansätzen müssen dafür geprüft werden.
- Der Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe und seine Arbeitsgruppen sollten das wesentliche Instrument für die Abstimmung von inhaltlichen und geographischen Schwerpunkten zwischen Bundesregierung sowie humanitären Organisationen und Akteuren für die deutsche humanitäre Hilfe bleiben. Nur so wird die Rolle und Qualität der deutschen humanitären Hilfe nachhaltig gestärkt.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Stresemannstraße 72
10963 Berlin
Tel.: 030/2 63 92 99-10
E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Redaktion

Bodo von Borries

Endredaktion

Silvan Rehfeld

Berlin, Januar 2019